

Herrn Oberbürgermeister
Jörg Volleth
Rathaus
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	27.05.2026
Antragsnr.:	037/2026
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	V / 51
mit Referat:	

09.06.2026

Antrag zur Neuregelung der Kita-Förderung und deren Folgen für Eltern und Träger in Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Volleth,

mit dem am 29. April 2026 vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) steht die bayerische Kita-Landschaft vor einer der umfassendsten strukturellen Neuausrichtungen der letzten Jahrzehnte. Ein zentraler Aspekt dieser Reform ist der Wegfall des bisherigen direkten Elternbeitragszuschusses in Höhe von 100 Euro monatlich, der zum 1. Januar 2027 als eigenständige Leistung gestrichen wird.

Die Staatsregierung strebt mit dieser Reform zwar eine Entbürokratisierung sowie eine finanzielle Stabilisierung der Einrichtungen an, doch aus Sicht der Praxis zeichnet sich ein besorgniserregendes Bild ab: Nach aktuellen Einschätzungen wird die geplante Erhöhung der Fördermittel in den meisten Einrichtungen nicht ausreichen, um den Wegfall des bisherigen Zuschussvolumens der Elternbeitragsersatzung aufzufangen. Dies führt dazu, dass die Träger den Familien den gewohnten Rabatt von 100 Euro künftig nicht mehr gewähren können.

Diese Entwicklung trifft die Kitas in einer ohnehin kritischen Phase: Angesichts landesweit sinkender Kinderzahlen und der Gefahr, dass Eltern aus Kostengründen ihre Buchungsstunden reduzieren, droht eine weitere Destabilisierung der Einrichtungen. Wenn die effektive Entlastung für Eltern wegbricht und gleichzeitig die Einnahmen durch geringere Buchungszeiten sinken, gerät die wirtschaftliche Basis vieler Träger in Erlangen massiv unter Druck.

Vor diesem Hintergrund bittet die CSU-Fraktion um eine schriftliche Stellungnahme sowie einen Bericht im zuständigen Ausschuss zu folgenden Punkten:

1. Wir bitten um eine detaillierte Einschätzung der Stadtverwaltung, wie sich das Risiko dieser steigenden monatlichen Belastung konkret für alle rund 3.500 Kindergartenkinder in Erlangen und deren Familien ab 2027 darstellt.
2. Zudem bitten wir um Auskunft darüber, wie die Stadt Erlangen sicherstellen wird, dass die lokale Trägerlandschaft trotz der mangelnden Deckung des Finanzierungsbedarfs und der sinkenden Kinderzahlen finanziell tragfähig bleibt und eine bedarfsgerechte Versorgungsstruktur ohne qualitative Einbußen für die Kinder gewährleistet werden kann.

Wir danken Ihnen für die Aufbereitung dieser für die Erlanger Familien und die soziale Stabilität unserer Stadt wichtigen Informationen und sehen Ihrer Stellungnahme mit großem Interesse entgegen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Thurek
Fraktionsvorsitzender

Susanne Härtl
*Stadträtin,
Familienpolitische Sprecherin
der CSU-Stadtratsfraktion*